Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspediteuren und Stadtpostämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt" nebst „Handels-Zeitung", sowie dem illustrirten Witzblatt „ULK", der feuillet. Montags-Ausgabe „Zeitgeist" und „Technische Rundschau", dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle" und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft" vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger" 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 56/57, Prinzenstr. 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 543. Berlin, Freitag, den 25. Oktober 1895. XXIV. Jahrgang.

Zum Jahrestag der Entlassung des Grafen Caprivi,

die bekanntlich am 26. Oktober 1894 erfolgte, bringt das „Deutsche Wochenblatt" in seiner letzten Nummer einen Artikel. Herausgeber des Organs ist Herr Dr. Otto Arendt, die „kleine Leuchte" des Bimetallismus, der vom Grafen Caprivi einmal im Parlament kurzer Hand abgethan wurde. Dafür möchte sich der „Schriftleiter" des „Wochenblattes" nun rächen, indem er dem todten Löwen Caprivi einen Fußtritt zu versetzen sucht, wozu freilich die Kraft eines — Herrn Arendt nicht ausreicht, wenn er auch durch noch so große Worte sich den Schein zu geben sucht, er bedeute etwas.

Der „Schriftleiter" Arendt leitet seinen Aufsatz mit den Worten ein:

„Noch niemals ist der leitende Minister eines großen Staates so rasch und so verdient der Vergessenheit anheimgefallen wie der Mann, welcher der erste Nachfolger des Fürsten Bismarck gewesen ist. Wer denkt heute noch an die „Aera Caprivi", von der uns doch nur die kurze Spanne Zeit eines Jahres trennt? Nichts kennzeichnet so sehr, wie wenig dieser General das Zeug hatte, die deutsche Politik zu leiten, wie dieses schnelle Vergessenwerden."

Und doch sei es ein Zufall gewesen, daß der Rücktritt des Grafen Caprivi schon im Oktober vorigen Jahres erfolgte; „mit etwas weniger Ungeschick hätte Graf Caprivi auch damals noch einmal die Katastrophe abwenden können." Lange vorher habe eine chronische Kanzlerkrise bestanden, allein der Kaiser habe den Wechsel so lange wie möglich hinausschieben wollen, damit zu häufige Aenderungen in den höchsten Reichsämtern vermieden würden. Der Fall Caprivis sei ein überraschender gewesen, am meisten für die Gefolgschaft des Kanzlers selbst:

„Das heraufgezogene Gewitter galt in diesen Kreisen für abgethan, und es war auch wirklich glücklich vorübergegangen. Nur eine Taktlosigkeit — oder wenn man milder sein will, Ungeschicklichkeit — brachte schließlich den Stein ins Rollen, und dann gab's kein Aufhalten mehr, so sehr dies — selbst mit Thränen — versucht worden ist."

Es sei richtig, daß ein Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg und dem Reichskanzler Grafen Caprivi bestanden habe, auch, daß der Aufenthalt des Kaisers in Liebenberg (bei den Eulenburgs) entscheidend mitgewirkt habe. Ueber die Vorgänge daselbst giebt nun das „Wochenblatt" folgende „Aufhellung":

„Die Kanzler- und Ministerkrisis war beigelegt, als Se. Maj. der Kaiser zur Jagd nach Liebenberg fuhr. Dort bestand so wenig die Absicht einer politischen Intrigue oder Verschwörung, daß zunächst der Minister Graf Eulenburg gar nicht anwesend und gar nicht geladen, war — und gerade das wurde für Graf Caprivi verhängnißvoll.

Die bekannten Auslassungen in der „Köln. Ztg." haben schließlich dahin geführt, daß Graf Eulenburg Beschwerde erhoben, und daß Graf Caprivi in einem besonderen Memorandum dem Kaiser seine Ansichten gegenüber der Auffassung des Grafen Botho Eulenburg entwickelte. Der Kaiser hatte hierauf entschieden, daß sowohl der Reichskanzler wie der Ministerpräsident im Amt bleiben solle. Er selbst wolle in Liebenberg dem Grafen Eulenburg das mittheilen und ihn bestimmen, neben dem Grafen Caprivi im Amt zu bleiben. Zugleich befahl Seine Majestät, daß eine Abschrift des Caprivischen Memorandums dem Grafen Eulenburg zugehen solle.

Zu seiner Ueberraschung fand der Kaiser unter den Jagdgästen in Liebenberg den Ministerpräsidenten nicht, worauf diesem sofort der kaiserliche Wunsch, ihn dort zu sehen, telegraphisch übermittelt wurde. Graf Caprivi fühlte sich vollkommen als Sieger und übersandte sein Memorandum schleunigst, ohne weitere Aufklärung, nur mit dem Bemerken: auf Befehl des Kaisers, dem Grafen Eulenburg, der hierdurch äußerst erregt, ohne Kenntniß von der vom Kaiser getroffenen Entscheidung, sofort sein Abschiedsgesuch niederschrieb. Erst dann kam die telegraphische Berufung nach Liebenberg. Der Ministerpräsident steckte das Abschiedsgesuch in die Tasche und fuhr dorthin.

Der Kaiser war höchlichst überrascht, als hier bei der ersten schicklichen Gelegenheit Graf Eulenburg seinen Abschied erbat, glaubte er doch, daß nach seiner Unterredung mit Graf Caprivi die Krisis beigelegt sei. Die Aufklärung, welche ihm zu Theil wurde, machte die Ministerkrisis unabwendbar, und damit fiel der Grund fort, Graf Caprivi länger zu halten. Während dieser gehofft hatte, durch die beschleunigte und jeder Aufklärung entbehrende Uebersendung des Memorandums die Demission des Ministerpräsidenten doch herbeizuführen, besiegelte er damit nur den eigenen Fall, der sich nun zu einer Entlassung stempelte."

Es wäre nicht unmöglich, daß die Darstellung, die hier im „Wochenblatt" gegeben wird, annähernd das Richtige träfe, wenn einiges davon auch sehr auffällt, z. B., daß der Ministerpräsident Graf Eulenburg nicht zur Jagd eingeladen ward, obgleich der Kaiser ihm dort eine außerordentlich wichtige politische Mittheilung machen wollte. Da eine Anzahl Freikonservative am Hofe verkehren, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß in ihr Organ eine Schilderung der Vorgänge gelangen konnte, wie sie in Hofkreisen kolportirt wird.

Aber nur eine so kleine Leuchte wie Dr. Arendt kann dem Grafen Caprivi bei diesem Sachverhalt den Vorwurf der Taktlosigkeit oder Ungeschicklichkeit machen. Nach der Darstellung des „Wochenblattes" selbst führte Graf Caprivi nur den „Befehl" des Kaisers aus, als er dem Grafen Eulenburg eine Abschrift seines (des Caprivischen) Memorandums übersandte. Daß er keine „weitere Aufklärung" hinzufügte, war weder Taktlosigkeit noch Ungeschicklichkeit; dieses Verhalten war ihm dadurch geboten, daß der Kaiser selbst ja dem Grafen Eulenburg „mittheilen" und ihn dazu „bestimmen" wollte, daß er neben dem Grafen Caprivi im Amt bleibe. War es denn nun die Schuld des Grafen Caprivi, daß Graf Eulenburg in Erregung gerieth, als er das Memorandum in Abschrift ohne weitere Aufklärung erhielt? Es war sicher nicht die Schuld des damaligen Reichskanzlers, der gethan, was ihm aufgegeben war, wenn die Ministerkrisis jetzt „unabwendbar" wurde.

Sehr interessant ist die Bemerkung des „Wochenblattes": „Damit fiel der Grund fort, Graf Caprivi länger zu halten." Das würde nichts anderes heißen als: Graf Caprivi erhielt seine Entlassung, weil Graf Eulenburg glaubte, gehen zu müssen, und da Graf Caprivi an dessen Rücktritt unschuldig war, so wurde er entlassen, ohne daß er sich irgend etwas Besonderes hatte zu Schulden kommen lassen.

Wenn die Dinge wirklich so gelegen hätten, wie das „Wochenblatt" schreibt, so hätte Dr. Arendt besser gethan, wenn er auch ferner geschwiegen hätte; denn dann wäre es eine Thatsache, daß Graf Caprivi ohne sachlichen Grund seine „Entlassung" — nicht seinen Abschied! — erhalten hätte. Wenn die Sache aber nicht ganz so ist, wie sie hier dargestellt wird — und alles läßt vermuthen, daß die Arendtsche Darstellung lückenhaft ist —, dann sollte die Regierung schleunigst den wahren Sachverhalt im „Reichsanzeiger" kundgeben, damit aus dieser Lesart nicht von Gegnern der Monarchie Kapital geschlagen werde.

So viel für heute über die Darstellung der Entlassung des Grafen Caprivi durch das „Wochenbl." Jetzt noch einige Bemerkungen zu seinen Angriffen gegen den zweiten Reichskanzler. „Vergessen" soll Graf Caprivi sein! Das deutsche Bürgerthum, das deutsche Volk denkt anders hierüber als Dr. Arendt, der literarische Dienstmanne der Junker und Agrarier. Ein Staatsmann, der Recht und Gerechtigkeit wieder zu Ehren gebracht, der die „Versöhnungspolitik" des neuen Kurses geleitet hat, der würde vom deutschen Volke ebensowenig vergessen werden wie Kaiser Friedrich, der seine politischen Grundsätze in seinen Erlassen niedergelegt hat. Ist etwa Kaiser Friedrich auch vergessen, weil verhältnißmäßig wenig von ihm die Rede ist? Folgt aus dem Umstande, daß die Anhänger der Politik des Grafen Caprivi nicht in der perfiden Manier gegen den Fürsten Hohenlohe hetzen, wie die Bismarckianer dies von Anfang an gegen den zweiten Reichskanzler gethan, folgt daraus, daß sie ihn vergessen haben? Wir glauben nicht.

Sie tragen vielmehr bewußt oder unbewußt den Wünschen des Grafen selber Rechnung. Nicht vergessen ist Graf Caprivi, er hat sich selbst in Vergessenheit zu bringen gesucht. Welche Rolle hätte er nach seiner Verabschiedung im Reichstage spielen können, wenn er gewollt hätte, welche Verlegenheiten seinen Gegnern bereiten können, die während seiner ganzen Amtszeit an seinem Sturze arbeiteten! Aber solche Rolle zu spielen, das widerstrebte vollständig seinen Auffassungen. Nicht einmal die ebenso ungerechten wie perfiden Angriffe, die nach seinem Abgange gegen ihn geschleudert wurden, beantwortete er; um nicht doch dazu gereizt zu werden, zog er sich sieben Monate lang ins Ausland zurück. Alsdann ging er auf das stille Skyren. Ist es nicht auch etwas Großes, wenn ein Mann die ungerechtesten und gemeinsten Angriffe geduldig über sich ergehen läßt, weil er meint, daß Schweigen im Interesse des Staates und der Monarchie liege?

Bilden sich etwa Leute wie Arendt ein, daß ein Graf Caprivi sie nicht mit wenigen Worten zum Schweigen bringen könnte, wenn er nur wollte? Welche Vorwürfe können sie denn gegen seine Amtsführung erheben? Die unbewiesene Redensart, daß während der „Aera Caprivi" das Ansehen Deutschlands im Auslande sich vermindert habe, ist doch einfach albern. Es giebt Leute, die das Ausland genau kennen und das Gegentheil behaupten. Graf Caprivi hat um die Kräftigung Deutschlands nach innen und nach außen Verdienste, die die Geschichte nie mit Stillschweigen übergehen darf. Der Abschluß der Handelsverträge ist ein Verdienst, das ihm die wüthenden Angriffe der Agrarier nicht schmälern werden, und mit seiner Militärvorlage hat er nicht nur die zweijährige Dienstzeit eingeführt, sondern die deutsche Wehrmacht so gestärkt, daß den Franzosen der Athem ausgegangen ist. Seine ganze Politik lief darauf hinaus, das Reich so stark wie möglich zu machen. Das thut man freilich nicht dadurch, daß man einige unfruchtbare und ungesunde Gegenden mehr zu Kolonien macht oder die Goldwährung durch den Bimetallismus ersetzt.

Graf Caprivi hat nicht für den Bund der Landwirthe und nicht für die Bimetallisten gearbeitet, die zu Gunsten amerikanischer Silbergrubenbesitzer Deutschland zu ruiniren trachten; seine Thätigkeit hatte vielmehr das Allgemeinwohl im Auge. Und das wird ihm das deutsche Volk nie vergessen trotz Arendt und Genossen, die so weit gehen, anzudeuten, als habe Graf Caprivi unter Thränen gebeten, ihn im Amte zu lassen.

Graf Caprivi gehört zu den Leuten, die ihre Pflicht bis zum letzten Athemzuge thun; aber zu den Leuten, die sich an ihr Amt klammern, gehört er nicht. Man hat auch noch nie gehört, daß er irgend Jemanden beschuldigt hätte, seinen Sturz herbeigeführt zu haben. Und er könnte solche Anklagen mit Recht erheben.

Griechenland und die Türkei.

(Von unserem Athener Korrespondenten.)

Im Oktober.

Als die ersten Nachrichten von den armenischen Unruhen nach Athen kamen, fragte man sich natürlich sofort: Wie wird sich die griechische Regierung zu den Dingen verhalten? Man ist eben von jeher gewöhnt, daß jedes irgendwie bedeutendere Ereigniß in der Türkei auf sein Nachbarland einen Rückschlag ausübt. Einerseits der Umstand, daß Griechenland die von Griechen dicht bewohnten Theile der Türkei als sein natürliches Erbe ansieht, andererseits die Besorgniß wegen seiner Stammesbrüder, deren Sicherheit und Wohlergehen von der Ruhe im Lande der Moslemin abhängen, läßt die griechischen Politiker immer mit einem Auge nach dem goldenen Horn blicken. Seitdem es einem Theile der Griechen gelungen ist, sich unabhängig zu machen, hat eigentlich die Bewegung in diesen Fragen nie aufgehört und nicht selten zu unangenehmen Reibereien oder auch zu ernstlicheren Feindseligkeiten geführt. Indessen hat Griechenland niemals systematisch den Plan verfolgt, die fraglichen Theile der Türkei gewaltsam mit sich zu vereinigen. Statt sein Heer und seine Flotte kriegstüchtig zu erhalten, hat es das Geld, das ihm, ob eigen oder nicht eigen, zu Gebote stand, zu allen möglichen anderen Zwecken hergegeben. Erst Trikupis ist ernstlich an die Gründung einer Flotte herangetreten, nachdem sein Vorgänger, Kumunduros, den ersten, aber sehr bescheidenen Anfang gemacht hatte.

Griechenland beschränkte sich in der aktiven Bethätigung seiner Ansprüche auf ein obligates Säbelgerassel, sobald im Nachbarreich etwas geschah, das auf die Verwirklichung seiner Ansprüche in absehbarer Zeit ungünstig einwirken konnte; wenn es aber einmal wirklich zu einer Gelegenheit für einen Schlag kam — ich erinnere nur an 1877 und 1885 —, dann war nichts vorbereitet, kein Heer, keine Flotte, kein Kriegsmaterial und kein Geld, und wenn dann endlich der verrostete Säbel aus der Scheide flog, war der günstige Moment verpaßt, Europa in Ruhe, und es wurde dem betreffenden Staatsmann, der gerade am Ruder war, von den bösen fremden Onkeln bedeutet, er solle sich doch nicht so anstrengen, weil es erstens gar gefährlich, zweitens auch nicht nützlich sei.

Wenn nun also von einem planvollen Verfolgen der Idee der schließlichen Vereinigung aller griechischen Stammesbrüder zu einem Ganzen nicht gesprochen werden kann, so läßt sich nicht leugnen, daß diese Idee einem jeden Griechen, ob frei oder noch unter fremder Botmäßigkeit, angeboren und ein heiliges Vermächtniß ist. Die Griechen in der Türkei erwarten stets die Befreiung, unterziehen sich mit Freuden allen Opfern und beugen sich unter das Joch, mit der Aussicht, daß doch einmal der Tag der Vereinigung mit dem Königreich erscheinen wird. Sie mögen manchmal schmerzlich von den Vorgängen in dem Vaterland berührt sein, aber sie murren nicht. Als König Otto 1853 einen Schlag gegen die Türkei ausführen wollte, sammelte er bei den Griechen im Ausland das Geld dazu, und sie gaben es mit Freuden her. Als die große Pumperei in den letzten Jahrzehnten losging, wurden sie die größten Aktionäre (was den Inhabern griechischer Papiere in Deutschland unbekannt zu sein scheint), und nie haben sie ein Wort gegen die Vergewaltigung von Seiten der griechischen Regierung gesagt. Die Türkei beschränkte sie in jeder möglichen Weise, vor allem in der Pflege des Unterrichts, übt noch jetzt eine Censur aus, die gradezu lächerlich ist, so daß nicht einmal wissenschaftliche Bücher von Griechenland aus in die türkischen Provinzen geschickt werden dürfen (Konstantinopel ausgenommen), und sie beugen sich der Macht.*)

Empfindlicher aber ist es für sie, wenn irgend welche Bestrebungen anderer Balkanvölker, besonders die Bulgaren in letzterer Zeit, ihren begründeten Rechten entgegentreten. Sie werden lieber ihre Hoffnungen auf Kinder und Kindeskinder vererben und mittlerweile den gegenwärtigen Zustand geduldig ertragen, als anderen Prätendenten auch nur einen Fuß breit Landes in den von ihnen bewohnten Provinzen abzutreten. Daher die Aufregung, die alle Griechen ergreift, so oft von der Ausgabe neuer Berats für bulgarische (schismatische) Bischöfe in Macedonien die Rede ist; denn damit fürchten sie mit Recht zugleich den politischen Boden in jenen Gegenden zu verlieren.

Im Lauf der Zeiten hat sich nun herausgestellt, daß eigentlich auf der ganzen Balkanhalbinsel die natürlichen Bundesgenossen der Türkei die Griechen sind. Und das tritt auch augenblicklich wieder bei den neuesten Entwickelungen eklatant zu Tage und wird auf beiden Seiten lebhaft empfunden. Alle anderen Nationen suchen Gebietserweiterung auf Kosten der Türkei und nehmen seit einer

*) Und wenn der Druck bei Gelegenheit der verschiedenen Reibereien zwischen dem Königreich und der Türkei zeitweilig größer wurde, haben sie nie ein Wort des Tadels für die Dummheiten der griechischen Staatsmänner gehabt.

Heute die Beilage „ULK" Nr. 43.